

Fortsetzung „OB Maly: Wir haben viel zu viele Kinder an Förderschulen“:

Inzwischen gibt es 53 neutrale Beratungsstellen an den bayerischen Schulämtern, die mit örtlichen Institutionen wie Behindertenbeauftragte, Bezirke, Jugendämter usw. vernetzt sind. Staatssekretär Eisenreich bezeichnete die Inklusion für das gesamte Schulsystem als echte Chance. In diesem Juli nahmen alle Lehrer, die im September ein behindertes Kind in ihre Klasse bekamen, an einer Fortbildung in Dillingen teil, dieses Angebot ist sehr gut angenommen worden.

Sigrid Arnade, Vertreterin von Selbstbestimmt leben in Deutschland e.V. als Hauptreferentin merkte zu Eisenreich an, dass Beratungsstellen an Schulämtern niemals neutral sind. Sie erläuterte den Entstehungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention, die sich vom veralteten medizinischen Modell von Behinderung verabschiedet hat und diesem ein soziales Modell von Behinderung entgegensetzt. Behinderung ist demnach die Wechselwirkung zwischen einer Beeinträchtigung und gesellschaftlichen Barrieren. Die frühere Fremdbestimmung von Menschen mit Beeinträchtigungen muss endgültig überwunden werden, es geht um selbstbestimmte Teilhabe. Aber "Rechte ohne Ressourcen sind ein grausamer Scherz". Eines stellte Arnade unmissverständlich klar: "Das Förderschulsystem ist niemals Inklusion." Eltern könnten nach Ausschöpfung der Rechtswege in Deutschland Beschwerde beim Ausschuss der UN-BRK einlegen, der alle vier Jahre den Bericht von der Umsetzung in Deutschland prüft, das nächste Mal im März 2015.

Prof. Theunissen von der Universität Halle sieht eine neue Dienstleistungskultur durch behinderte Menschen als Arbeitgeber. Mit Hilfe des persönlichen Budgets, können sie in ihrem Sozialraum selbstbestimmt teilhaben und mitbestimmen.

OB und Vorsitzender des bayerischen Städtetags Maly meinte: "Wir können nicht jedem einen Sozialarbeiter hinterher rennen lassen, sondern man müsse die strukturellen Barrieren überwinden und die vorhandenen Integrationskräfte nutzen." Maly wörtlich: "Wir haben viel zu viele Kinder in Förderschulen." Die Wahrnehmung der anderen Eltern, die derzeit eine Urangst vor langsamerem Lernen in inklusiven Klassen hätten, kann sich nur normalisieren über die Inklusion in der Schule. Für Eisenreich ist Italien trotz einer Inklusionsquote von 100% kein Vorbild, nur Südtirol. Denn es geht auch um ein hohes Maß an Qualität.

Beim Thema Finanzierung der Inklusion bestätigte Maly, dass die staatlichen Stellen miteinander streiten, wie die Geldströme vom Förder- in das Regelsystem übergeführt werden können. Hier meldete sich eine Kindergartenleiterin aus dem Publikum zu Wort und berichtete von völlig unzureichenden Rahmenbedingungen an den Regelkindergärten und von Eltern, die klagen müssen, weil die Beförderung ihres Kindes nur in eine heilpädagogische Tagesstätte, aber nicht in eine inklusive Tagesstätte bezahlt wird. Maly begründete dies mit den nicht geklärten Zuständigkeiten und fand es gut, dass deswegen nun Eltern klagen. Es sei ein Skandal, dass dieser Streit auf dem Rücken der Kinder und Eltern ausgetragen wird, war der Zwischenruf einer Zuhörerin. Und Günther Schedel-Gschwendtner vom Netzwerk Inklusion Bayern mahnte bei Oberbürgermeister Maly an, dass inklusive Kindertagesstätten Eingang in der Jugendhilfeplanung der Stadt Nürnberg finden müssen. Prof. Theunissen nannte Brandenburg als Vorbild, das im vorschulischen Bereich inzwischen eine Inklusionsquote von 100% habe, während Bayern und Baden Württemberg noch über 50% der Kinder mit Beeinträchtigungen im Kindergartenalter in Sondereinrichtungen schicken.